

Auf dem Weg zu einem europäischen Sozialstrukturparadigma? Folgerungen aus einer wissenssoziologischen Analyse der dominanten Ungleichheitstheorien in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA

Haller, Max

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haller, M. (2006). Auf dem Weg zu einem europäischen Sozialstrukturparadigma? Folgerungen aus einer wissenssoziologischen Analyse der dominanten Ungleichheitstheorien in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 293-310). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-145338>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Auf dem Weg zu einem europäischen Sozialstrukturparadigma?

Folgerungen aus einer wissenssoziologischen Analyse der
dominanten Ungleichheitstheorien in Deutschland, Frankreich,
Großbritannien und den USA

Max Haller

Dieser Beitrag ist in drei Abschnitte gegliedert. Einleitend wird der Stellenwert einer wissenssoziologischen Analyse von Sozialstrukturtheorien skizziert. Am Beispiel der erheblichen Unterschiede in den dominanten Sozialstrukturtheorien in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA wird die Fruchtbarkeit eines solchen Ansatzes gezeigt. Auf Basis dieser Befunde wird im dritten Teil die Frage gestellt, inwiefern wir eine Europäisierung der Ungleichheitsdiskussion erwarten können und wie ein europäisches Paradigma der Sozialstruktur aussehen könnte.

1. Elemente einer wissenssoziologischen Analyse soziologischer Paradigmen der Sozialstruktur

Anknüpfend an Stanislaw Ossowskis (1972) wegweisende Studie gehe ich davon aus, dass soziologische Interpretationen der sozialen Ungleichheit als Teil umfassenderer gesellschaftlicher Wissensbestände zu sehen sind. Dazu gehören auch Geschichts- und Gesellschaftsbilder, wie sie von Schriftstellern und Künstlern, Lehrern und Journalisten, politischen und religiösen Eliten, von Medien, Organisationen und sozialen Bewegungen entwickelt werden. Auch die vorwissenschaftliche, alltägliche Erfahrung ist theoretisch durchsetzt (Mannheim 1970: 100; König 1973: 6). Sie stehen dabei gesellschaftlichen Ideologien nahe, wenn man diese versteht als Interpretationsmuster der sozialen Realität, die auf bestimmten Interessen und Werthaltungen, aber auch auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhen (Boudon 1988: 45). Die Grundthese der Wissenssoziologie von der »Seinsverbundenheit des Denkens« (Mannheim 1969) geht also von einer relativen Konsistenz zwischen den verschiedenen Elementen der Wirklichkeitsinterpretation aus. Deren Herausbildung ist sowohl ein geistig-immanenter wie auch ein sozialer Prozess. Dabei kämpfen

unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen mit bestimmten Wissensinteressen um die Durchsetzung ihrer spezifischen Interpretationen (Mannheim 1970: 91ff.). Die Tendenz zur Totalität ist nie vollständig, die Weltanschauung einer Gesellschaft oder Epoche ist stets auch intern differenziert, ja polarisiert. Unterschiedliche Weltansichten sind miteinander oft nicht kompatibel und ihre Vertreter tendieren dazu, die eigene Perspektive möglichst scharf von konkurrierenden anderen abzuheben. Die verschiedenen Denkströmungen »lernen (auch) voneinander, orientieren sich aneinander« (Mannheim 1970: 324ff.). Die wissenssoziologische *Funktionalisierung des Bedeutungsbeziehungs* nimmt nicht an, dass sozial mitbedingte sozialwissenschaftliche Theorien falsch sein müssen. Die Beziehung zwischen »Sozialfaktoren« und Ideen ist keine Kausalität, sondern eher auf eine hermeneutische Art und Weise zu entschlüsseln, als Frage danach, wie sich soziale Akteure verschiedener geistig-kultureller Modelle als Interpretationsmuster bedienen (Mulkay 1980: 57).

Versuchen wir nun, einige spezifischen Hypothesen zu entwickeln. Im Rahmen einer wissenssoziologischen Analyse muss man drei Ebenen betrachten: die Ebene der faktischen Sozialstrukturen, die institutionelle Ebene der gesellschaftlichen Steuerungs- und Kontrollmechanismen sowie die Ebene des sozialen Wandels und der spezifischen »Problemlage« einer Gesellschaft. Ungleichheitstheorien kann man auch auf einem Kontinuum von eher affirmativ-konservativen bis hin zu gesellschaftskritischen, die Verhältnisse in Frage stellenden Theorien anordnen.

- (1) *Die Ebene der faktischen Sozialstrukturen.* Soziologische Theorien versuchen die konkreten Ungleichheiten ihrer Gesellschaften zu erklären. Daher wird als aller erstes zu prüfen sein, ob sich die international so starken Unterschiede in den verschiedenen theoretischen Orientierungen auch in den entsprechenden Sozialstrukturen finden lassen. *Die erste These lautet, dass in Gesellschaften mit starken Ungleichheiten eher kritische, in weniger ungleichen Gesellschaften eher affirmative Soziasstrukturtheorien vorherrschen (These 1a).* Ein wichtiger Teilaspekt der Sozialstruktur ist das Ausmaß der Homogenität oder Heterogenität einer Gesellschaft (im Sinne von Blau 1977). Hier lautet die These: *Je kleiner und homogener eine Gesellschaft ist, desto eher werden sich einheitliche Weltbilder herausbilden, je größer und heterogener sie ist, desto unwahrscheinlicher ist dies (These 1b).*
- (2) *Die Ebene der gesellschaftlichen Institutionen und der dahinter stehenden Wertsysteme.* Im Rahmen dieser Institutionen (Bildungs- und Beschäftigungssysteme, Organisationen und Verbände, staatliche Verfassungen, Parteien und soziale Bewegungen usw.) werden Diskussionen über Gleichheit und Ungleichheit und ihre Legitimation geführt, und sie tragen durch ihr Wirken wesentlich zu deren Veränderung bei. Damit bestimmen sie auch das Denken von Bevölkerung und Intellektuellen. *Die zweite These lautet daher, dass auch Sozialwissenschaftler dann eher kritische Sozialstrukturtheorien entwickeln, wenn in ihren Gesellschaften Gruppen und Instituti-*

onen vorhanden sind, die Ungleichheiten kritisch thematisieren und Programme zu ihrer Reduktion entwickeln (Hypothese 2a). Hinter sozialen Bewegungen, Organisationen und Institutionen stehen aber allgemeinere gesellschaftliche Wertsysteme (politische und religiöse Ideologien usw.), die ebenfalls einen Einfluss auf soziologisches Denken ausüben. Die These lautet hier, dass soziologische Theorien eher kritisch ausgerichtet sein werden, wenn auch in den jeweiligen Gesellschaften egalitär ausgerichtete Wertsysteme bestehen (Hypothese 2b).

- (3) Der sozialstrukturelle und sozioökonomische Wandel und die spezifische »Problemlage«, in der sich eine Gesellschaft befindet. Nach der Problemtheorie sozialer Schichtung tendieren Gesellschaften, die mit ernsthaften Problemen ihres Weiterbestandes konfrontiert werden, zu einer Öffnung ihres Schichtungssystems, während wohl etablierte Gesellschaften zunehmend soziale Barrieren zur Sicherung der Positionen und Privilegien für die herrschende Klassen errichten (Seibel 1975). Die dritte These lautet daher, dass in aufsteigenden und wirtschaftlich-politisch erfolgreichen Gesellschaften eher affirmative, das Bestehende bejahende Vorstellungen von der Sozialstruktur vorherrschen, während in krisenhaften, zurückfallenden oder von anderen abhängigen Gesellschaften eher kritische Vorstellungen entwickelt werden.

2. Ergebnisse einer vergleichenden wissenssoziologischen Analyse der herrschenden Sozialstrukturparadigmen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA

An anderer Stelle (Haller 2005) wird herausgearbeitet, dass man in den letzten Jahrzehnten in Westeuropa und in den USA von vier dominanten Traditionen der sozialwissenschaftlichen Ungleichheitsanalyse sprechen kann; diese Traditionen lassen sich relativ deutlich auf einem Kontinuum einordnen, das von gesellschafts- und ungleichheitskritischen Positionen bis hin zu affirmativ-konservativen Positionen reicht.¹ Im Folgenden sollen die Hauptergebnisse dieses Vergleichs soweit zusammengefasst werden, dass wir daraus Anhaltspunkte für ihre wissenssoziologische Interpretation im Sinne der vorher dargestellten Thesen gewinnen können. Auf dem Hintergrund des Vergleichs zwischen diesen vier Ländern kann man auch abschätzen, wie die Perspektiven für die Entwicklung eines genuin europäischen Sozialstrukturparadigmas aussehen.

¹ Aus Raumgründen kann zu diesem Abschnitt keine Literatur angegeben werden; ich verweise dafür jedoch auf den oben zitierten Artikel.

Die These von der Auflösung der Klassen und Schichten als dominante deutsche Sozialstrukturideologie der Nachkriegszeit

In der Bundesrepublik der Nachkriegszeit kann man meiner Meinung nach klar von einer dominierenden These im Hinblick auf den Wandel der Sozialstruktur sprechen; es ist dies die These von der Auflösung der traditionellen Klassen und Schichten und der Durchsetzung einer Vielfalt neuer, multidimensional differenzierter Lebenslagen und -stile.

Diese These wurde am wortgewaltigsten vorgetragen von Ulrich Beck in seinem 1986 veröffentlichten Buch »Risikogesellschaft«. Laut Beck war die deutsche Gesellschaft der Nachkriegszeit durch spektakuläre Einkommensverbesserungen, Anhebungen des Lebensstandards, Verkürzung der Arbeits- und Verlängerung der Freizeit, starke Zunahme aller Formen von sozialer Mobilität, Bildungsexpansion und Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit charakterisiert. Zusammen mit entsprechenden Änderungen in Werthaltungen und Lebensformen haben diese zu einem Obsoletwerden des vertikalen Klassen- und Schichtparadigmas und der damit verbundenen Vorstellung homogener Klassen und Schichten geführt; an ihre Stelle trat der individualisierte Einzelne. Beck hat mit diesen Thesen allerdings kaum Neuland betreten; bereits Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahren vertraten René König und Helmut Schelsky (»nivellierte Mittelstandsgesellschaft«) ähnliche Auffassungen. Ihnen folgten Karl-Martin Bolte und später Stefan Hradil. Die Auffassungen dieser Autoren sind heute »Lehrbuchwissen« in der deutschen Soziologie (ersichtlich auch an den hohen Auflagen ihrer Bücher). Erstaunlich ist jedoch, dass auch Theoretiker ganz anderer theoretischer Provenienz ähnliche Auffassungen entwickelten. So haben Claus Offe und Mitarbeiter schon 1968 die These von der zunehmenden Disparität zwischen Lebensbereichen entwickelt, wonach teils bevorzugte, teils benachteiligte »Situationsgruppen« an die Stelle von klar privilegierten oder benachteiligten Klassen und Schichten treten. Ähnlich ist auch die Grundidee von Luhmann, der moderne Gesellschaften als primär funktional differenziert bezeichnet, wobei es weder ein gesamtgesellschaftliches Zentrum noch eine klar definierte soziale Hierarchie mehr gibt.

Die kritische Gesellschafts- und Klassentheorie von Pierre Bourdieu als exemplarische Interpretation der hierarchisch-elitären Gesellschaft Frankreichs

Im gesellschaftlichen Denken Frankreichs nimmt der Klassenbegriff seit jeher eine wichtige Stellung ein; bürgerliche Historiker des frühen 19. Jahrhunderts haben ihn »erfunden«, wie Marx konstatierte. Auch im Denken bedeutender französischer Ökonomen, Sozialwissenschaftler und Philosophen dieser Zeit (Quesnay, Turgot,

Sieyès, Saint Simon u.a.) spielen Klassen und Ungleichheit eine bedeutende Rolle. Dasselbe gilt für die Zeit nach 1945 nicht nur bei marxistischen Denkern (Althusser, Balibar u.a.), sondern auch bei vielen Soziologen (Gorz, Mallet, Poulantzas, Touraine). Eine herausragende Stellung nimmt Pierre Bourdieu ein, der weltweit rezipiert wurde wie kaum ein anderer Soziologe. Dies ist nach meiner Meinung nicht nur durch die wissenschaftliche Bedeutung seines Werks zu erklären, sondern auch durch die Tatsache, dass er eine ganz klar ausgeprägte egalitaristische bzw. ungleichheitskritische Haltung vertritt, die typisch französischen Strukturen, Institutionen und ideellen Traditionen entspricht.

In den Arbeiten von Bourdieu spielen die folgenden Themen und Begriffe eine zentrale Rolle: (1) Die trotz Bildungsexpansion fortbestehende Funktion des stark zentralisierten und hierarchisierten Bildungssystems als Hauptmechanismus der Reproduktion sozialer Ungleichheit; (2) die *Bedeutung kultureller Symbole und Praktiken für die Reproduktion sozialer Klassen und Ungleichheit*, die mit detaillierten empirischen Studien belegt wird (vgl. dazu die Begriffe des »kulturellen Kapitals«, des »Habitus« usw.); (3) der Begriff des »sozialen Feldes« und der in diesen Feldern stattfindenden Machtkämpfen, die man auch als eine soziologische Konkretisierung und Aktualisierung des Begriffs der »sozialen Klassen« sehen kann; (4) die Kritik einer vom Neoliberalismus geprägten Globalisierung, die zu einer Verelendung der Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsschichten führt.

Die Kontinuität in der Verwendung des Klassenbegriffs in der englischen Soziologie und Sozialforschung

Auch in Großbritannien nimmt die Thematik der klassenbezogenen Ungleichheiten in der Soziologie und Sozialforschung seit jeher eine zentrale Stellung ein. Nahezu alle namhaften britischen Soziologen seit 1945 haben sich damit befasst. Die einschlägigen Arbeiten von Lockwood, Goldthorpe, Runciman, Bottomore, Giddens, Parkin u.a. stellen international rezipierte Standardwerke dar. Diese Schwerpunktbildung hat eine alte Tradition. Schon im 19. Jahrhundert war Großbritannien führend in der Entwicklung der Tradition der »Social Surveys« zur Lebenslage benachteiligter sozialer Klassen und Schichten (Booth, Rowntree usw.). In der Nachkriegszeit wurde diese Tradition fortgeführt in vielen soziologischen Studien über Ungleichheit, den Wandel des Klassenbewusstseins der Arbeiter, über Eliten usw. Auch der Soziologie benachbarte Disziplinen, wie die Erziehungswissenschaft, Sozialgeschichte und Politikwissenschaft griffen verwandte Fragestellungen auf (Bernstein, Hobsbawm, Thompson, T.H. Marshall u.a.). Typisch für den Klassenbegriff der englischen Soziologie ist aber, dass er sich vor allem am Weberschen Begriff der »sozialen Klassen« orientiert, Klassen also durchaus als ökonomisch

fundiert betrachtet, aber keine direkte Beziehung zwischen ihnen, dem politischem Bewusstsein usw. annimmt.

Die funktionalistische Schichtungstheorie als Kerntheorie zur Erklärung und Legitimation sozialer Ungleichheit in der amerikanischen Konkurrenzgesellschaft

Eine völlig andere Situation zeigt sich, wenn man die soziologische Erforschung der sozialen Ungleichheit in den Vereinigten Staaten von Amerika betrachtet. Als »Kerntheorie« des amerikanischen Denkens über Ungleichheit kann man die *funktionalistische Schichtungstheorie* bezeichnen, die besagt, dass eine hochdifferenzierte, moderne Gesellschaft eine Vielfalt gesellschaftlich-beruflicher Positionen aufweist, die gesellschaftlich unterschiedlich wichtig sind und deren Inhaber besonders belohnt werden müssen, damit sie die damit verbundenen Mühen (lange Ausbildung, hohe Verantwortung) auch übernehmen. Ungleichheit und vertikale Schichtung stellen demnach eine funktionale Notwendigkeit jeder differenzierten Gesellschaft dar. In der amerikanischen Soziologie hat die funktionalistische Schichtungstheorie heute keine offenen Verfechter mehr, nachdem schon in den 1960er und 1970er Jahren eine umfangreiche kritische Debatte darüber stattgefunden hat. Im alltäglichen und öffentlichen Leben ist der Funktionalismus jedoch immer noch einflussreich. In einer Periode, in der das Erzielen hoher Kapitalrenditen – was vor allem durchsetzungsfähige Manager zu erreichen scheinen – zu einem Hauptzweck von Unternehmen geworden zu sein scheint, wird er aber wieder stärker.

Weitere einflussreiche Autoren und Forschungstraditionen in den USA sehen Ungleichheit ebenfalls viel eher aus einer konservativ-affirmativen Perspektive. Hier ist die *Theorie des Industrialismus* des Ökonomen Clark Kerr zu nennen, die eine mehr oder weniger direkte Fortsetzung fand in Daniel Bells einflussreicher *Theorie der postindustriellen Gesellschaft*. Diese Autoren sehen die industriell-kapitalistische Entwicklung als einen eindeutigen Fortschrittsprozess: Er führt zu neuen und effizienteren Formen des Managements, der Technologie, der Entwicklung von Wissen und seiner Anwendung und zu einer Zunahme der sozialen Mobilität. Als Folge wird der Klassenkonflikt obsolet, politisch-soziale Ideologien landen auf dem Müllhaufen der Geschichte. Bell behauptet allerdings den Aufstieg der Wissenschaftler zur neuen bestimmenden Klasse. Klasse bezeichnet in der postindustriellen Gesellschaft aber »nicht mehr eine bestimmte Personengruppe, sondern ein System von Regeln zur Erlangung, Erhaltung und Übertragung von Macht« (Bell 1975: 260). Der Klassenbegriff wird hier also seines wesentlichen Elements beraubt, nämlich der Annahme, dass es sich bei sozialen Klassen um konkret identifizierbare Gruppen von Menschen handelt. Ganz ähnliche Ideen hat der renommierte Soziologe

Peter M. Blau in seiner *Theorie der beruflich-sozialen Differenzierung* ausgearbeitet, ebenso wie der Doyen der amerikanischen soziologischen Theorie, Talcott Parsons, in seinen diversen Beiträgen zur Schichtungstheorie. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang schließlich, dass auch die *These vom Verschwinden der Klassen* in den USA von Autoren wie R. Nisbet und S. M. Lipset schon sehr früh vorgebracht wurde.

Im Vergleich zu allen bisher besprochenen Ansätzen haben wir in der in den USA dominierenden Sozialstrukturtheorie also eine völlig neuartige Argumentationsfigur vor uns: Es geht nicht mehr um eine kritische Analyse von klassen- und schichtbezogenen Ungleichheiten, wie sie bei den französischen und britischen Soziologen vorherrschte, auch nicht um die Behauptung ihrer abnehmenden Bedeutung, wie im Falle Deutschlands, sondern um eine *offensive Strategie der Rechtfertigung und Legitimierung von Ungleichheit*. Wie kann es zu dieser, vor allem im Vergleich zu Frankreich und England, so krass anderen Perspektive kommen? Kommen wir zu einer abschließenden wissenssoziologischen Betrachtung dieser so unterschiedlichen Erklärungsansätze.

Wissenssoziologische Diskussion der Unterschiede in den Interpretationen der sozialen Strukturen in den vier Ländern

Vergleichen wir den gesellschaftlichen Kontext der hier verglichenen Sozialstrukturparadigmen nun systematisch anhand der eingangs dargestellten drei Kriterien: der faktischen Sozialstruktur, den gesellschaftlichen Institutionen und Werthaltungen und der gesellschaftlichen Problemlage.

Im Hinblick auf die *faktische Sozialstruktur* kann man fundamentale Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede zwischen den vier Ländern konstatieren. Eine Reihe von Studien hat gezeigt, dass im Hinblick auf die objektiven Berufs- und Klassenstrukturen (Klassen definiert als Anteile von Selbständigen, Unselbständigen usw.), die Einkommensverteilung, die Muster der beruflich-sozialen Mobilität usw. nur geringfügige Unterschiede zwischen den vier Ländern bestehen. Alle sind gleichermaßen charakterisiert durch eine stark ungleiche Einkommensverteilung, eine noch viel ungleichere Vermögensverteilung, persistente Ungleichheit der Bildungschancen, hohe Raten der intergenerationalen Statusvererbung usw. Das heißt nicht, dass sie geschlossene Gesellschaften sind; ein hohes Ausmaß an Mobilität – wenn auch in der Regel nur über kleine Distanzen – ist überall festzustellen. In manchen Aspekten mögen die USA egalitärer sein (etwa in den Bildungschancen, die dagegen besonders in Frankreich und Deutschland recht inegalitär sind), in anderen sind sie wieder ungleicher (wohl auch im Hinblick auf das Einkommen). Bestimmte (etwa höhere) Schichten sind jedoch in den europäischen Gesellschaften eher privilegiert

als in den USA. Deutlich höher ist ohne Zweifel die Heterogenität der amerikanischen Gesellschaft im Vergleich zu den drei europäischen Gesellschaften, wenn man etwa die ethnische Herkunft ihrer Bevölkerung betrachtet.

Unterschiede in struktureller Hinsicht sind jedoch klar zu benennen, wenn man die historisch-institutionelle Entwicklung der vier Gesellschaften einbezieht. Hier bilden vor allem Frankreich und Großbritannien einerseits, die USA andererseits die Gegenpole. Während in den beiden ersteren alte Institutionen – Königtum und Adel in England, Eliteschulsystem und hohe politische Zentralisierung in beiden Ländern – die Zeiten überdauert haben, kannten die USA die alteuropäischen Feudal-, Stände- und Herrschaftsstrukturen von Anbeginn an nicht, ja, ihre Institutionen wurden teilweise in bewusstem Gegensatz zu jenen entwickelt. Die tiefen politischen Umbrüche, die Deutschland im Laufe des 20. Jahrhunderts erlebte, haben für sich allein aber wohl keine fundamentalen sozialstrukturellen Umschichtungen mit sich gebracht.

Deutliche Unterschiede gibt es in den relevanten *gesellschaftlichen Institutionen*, die soziale Ungleichheit kritisch thematisieren. In dieser Hinsicht besteht eine sehr starke Differenz zwischen Deutschland und den USA auf der einen Seite, Frankreich (und teilweise auch England) auf der anderen Seite. So spielten in Frankreich die kommunistische Partei und politisch ausgerichtete Gewerkschaften noch viele Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg eine bedeutende Rolle; ebenso war in Großbritannien die Labour Party eine politisch einflussreiche und mitgestaltende Kraft (Ausbau des Wohlfahrtsstaats), wobei ihre Ausrichtung pragmatisch-gemäßigt war – entsprechend dem nichtrevolutionären Klassenbegriff der britischen Soziologen. Deutschland dagegen machte im 20. Jahrhundert traumatische Erfahrungen mit Sozialismus und Kommunismus durch, beginnend mit ihrer Unterdrückung im Kaiserreich, ihrer Spaltung während des Ersten Weltkriegs, der Verfolgung im Nationalsozialismus, der massiven Flüchtlingsströme und Vertreibungen aus dem kommunistischen Osten, der Teilung Deutschlands und Machtausübung der moskau-abhängigen Kommunisten in der DDR. Während es in Deutschland aber immerhin eine starke sozialdemokratische Partei gab und gibt, konnten Sozialismus und Kommunismus in den USA überhaupt nie Fuß fassen, ja wurden oft aggressiv unterdrückt. Gewerkschaften und Parteien sind in den USA bekanntlich generell nur schwach politisch-ideologisch fundiert.

Betrachten wir schließlich einige Unterschiede in den dominanten *geistesgeschichtlichen Traditionen*. Hier kann man die vor allem in Deutschland einflussreiche Individualisierungsthese auch sehen als Fortsetzung einer älteren Tradition konservativer deutscher Gesellschaftskritik. Die Kritik an der »individualisierten Moderne« scheint hier an die Stelle der früheren, konservativen Kritik der »Massengesellschaft« getreten zu sein. Der Begriff der »Risikogesellschaft« trägt charakteristische Züge konservativen Denkens: die Beschwörung einer »Totalgefährdung« der menschl-

chen Zivilisation durch den Sieg des »Industriesystems«; die Zuschreibung der Ursachen für diese problematischen Entwicklungstendenzen an anonyme Kräfte und Mächte; eine ambivalente Haltung gegenüber Wissenschaft und Technik. Hier stellt sich die amerikanische Geistestradiation ganz anders dar. Für sie sind drei Hauptstränge bezeichnend: die *Tradition der Vorsehung* und *Auserwähltheit*, die zurückgeht auf die Pilgerväter, die nicht zuletzt aus religiös-politischem Selbständigkeitsstreben und Sendungsbewusstsein Europa verließen; der besondere *Rechtfertigungs- oder Legitimationscharakter*, unter dem das amerikanische Denken seit jeher steht; und schließlich die *Hochschätzung von Selbstverantwortung und Selbsthilfe*, individuellem Unternehmertum usw., verbunden mit einer Ethik des *Pragmatismus*. Diese amerikanische Ethik steht auch in starkem Gegensatz zur Bedeutung von Sicherheit und Sicherheitsstreben in Deutschland. Weniger eindeutig und einheitlich lassen sich dagegen die Geistesströmungen in Frankreich und Großbritannien charakterisieren: in Frankreich haben konservative und revolutionäre, in Großbritannien liberale und reformerische Bewegungen seit jeher nebeneinander bestanden.

Signifikante Differenzen zwischen den vier Ländern kann man schließlich auch erkennen im Hinblick auf ihre jeweilige *gesellschaftliche Problemlage* nach dem Zweiten Weltkrieg. Während man von Frankreich und Großbritannien sagen muss, dass sie sich in mancher Hinsicht auf dem »absteigenden Ast« befanden – Frankreich durch seine Niederlage und Kollaboration mit den Nazis im Krieg, England durch den Verlust seines Weltreiches, beide durch ihre späteren permanenten wirtschaftlichen Krisenphänomene – können Deutschland und die Vereinigten Staaten als »aufsteigende« Nationen bezeichnet werden. Im Falle der USA gilt dies nicht nur in militärischer Hinsicht – sie waren der eindeutigste Sieger des Zweiten Weltkriegs, der im Zuge des Kalten Krieges sein Militärarsenal kontinuierlich weiter ausbaute und bis heute zur unbestrittenen einzigen Supermacht aufstieg. Es gilt auch in wissenschaftlich-technologischer und wirtschaftlicher Hinsicht: Kein anderes Land der Welt hat so viele Erfindungen und Nobelpreisträger hervorgebracht, die meisten der bahnbrechenden neuen Technologien (Elektronik, Gentechnik) wurden in den USA entwickelt, die von den USA aufgenommenen Einwanderer und neu geschaffenen Arbeitsplätze übertreffen jene von Europa bei weitem. Der deutsche Wiederaufbau und das »Wirtschaftswunder« nach der verheerenden Ausgangssituation nach dem Zweiten Weltkrieg lässt die von deutschen Soziologen vertretene These von der revolutionären Bedeutung der allgemeinen Wohlstandssteigerung als plausibel erscheinen; sie kann als eine soziologische Variante des dominanten »sozialen Mythos« der Bundesrepublik der Nachkriegszeit gesehen werden, wie ihn Adenauer und Erhard mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik propagierten (»Wohlstand für alle«, »soziale Marktwirtschaft«). Dabei ging es nicht nur um Wirtschaft und Wohlstand; Erhard dachte dabei vor allem an die endgültige Überwindung des Klassenkampfes (vgl. auch Hettlage 1990: 58).

Wir können also wohl eindeutig sagen: Die markanten Unterschiede in den soziologischen Interpretationen der Sozialstruktur in den vier Ländern hängen in hohem Maße mit dem gesellschaftlich-institutionellen Umfeld zusammen, in dem auch ihre jeweiligen Vertreter leben und arbeiten.

3. Perspektiven für eine Europäisierung der Ungleichheitsdiskussion

Welche Perspektiven ergeben sich aus diesen Vergleichen für eine Europäisierung der Ungleichheitsdiskussion? Drei Fragen sind hier relevant: (1) Welche Faktoren sprechen dafür und welche dagegen, dass sich überhaupt eine europabezogene Forschung über Ungleichheit herausbilden wird? (2) Ist es wahrscheinlich, dass ein einheitliches europäisches Paradigma der Ungleichheitsforschung entstehen wird? (3) Welche inhaltliche Ausrichtung würde ein solches Paradigma haben?

Fördernde und hemmende Faktoren für die Herausbildung einer europabezogenen Forschung zur sozialen Ungleichheit

Es gibt eine Reihe sozialstruktureller Tendenzen und politisch-institutioneller Entwicklungen in der Europäischen Union und im Wissenschaftssystem, die es als durchaus wahrscheinlich erscheinen lassen, dass sich eine europabezogene Forschung zur sozialen Ungleichheit herausbildet. Eine solche Forschung ist meiner Meinung nach auch notwendig und wünschenswert. Hier möchte ich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – drei Faktoren nennen.

- (1) Die europäische Integration erzeugt durch die Schaffung des gemeinsamen Arbeits-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmarktes sowie einer gemeinsamen Währung eine immer stärker integrierte Ökonomie, was auf Dauer auch die soziale Integration und das europäische Bewusstsein der Bürger fördern wird (Münch 1993; Bach 2000). Dieser Prozess wird zunächst aber auch zu einer Zunahme der Ungleichheit innerhalb der Mitgliedsländer wie auch der EU insgesamt führen (Haller/Höllinger 1995; Heidenreich 2003). Angesichts der regionalen und sozialstrukturellen Umverteilungsmaßnahmen der Europäischen Union wird die Frage immer wichtiger, wie groß die Disparitäten innerhalb der Europäischen Union als Ganzes sind und in welchem Maße sie durch diese Umverteilungsmaßnahmen ausgeglichen werden können. Die wenigen Studien, die es hierzu bislang gibt, zeigen, dass Europa in seiner Gesamtheit ein deutlich

höheres Ausmaß an Einkommensungleichheit aufweist als die USA (Conceicao u.a. 1999); die Ungleichheit zwischen den reichsten und ärmsten Regionen in der EU hat signifikant zugenommen (Mau 2004).

- (2) Der europäische Kontext eröffnet aufgrund seiner Vielfalt eine Fülle von Vergleichsmöglichkeiten, die noch bei weitem nicht ausgeschöpft sind (Neidhardt/Smelser 1992; Berthoin/Dierkes 1992; Immerfall 1994; Haller 1988; Flora 2000). Eine vergleichende Analyse von Ungleichheit im europäischen Kontext erfordert ein theoretisch und methodisch anspruchsvolleres Design als eine nur auf die Ungleichheit innerhalb eines Staates bezogene (Vobruba 1995). Es kann nicht nur darum gehen, von der Ebene des Nationalstaates einfach überzugehen auf jene der Europäischen Union, wie es häufig heißt. Vielmehr müssen auf beiden Ebenen bzw. Einheiten gleichzeitig (durch das Design von Mehrebenenanalysen) ungleichheitsgenerierende Prozesse analysiert werden (Haller/Hadler 2005).
- (3) Es gibt eine Reihe neuer, bereits institutionalisierter Einrichtungen zur Zusammenarbeit von Sozialwissenschaftlern auf europäischer Ebene. Hier ist zunächst die Forschungsförderung der EU selber zu nennen. Ihr Grundprinzip ist, dass die Themen einen europäischen Bezug und »Mehrwert« für die Union erbringen sollen und auch die Forschungsteams aus mehreren Ländern (in der Regel bis zu einem halben Dutzend) zusammengesetzt sein müssen (vgl. Haller 2001). Zu nennen ist hier auch die Etablierung großer und kontinuierlicher, vergleichender Sozialforschungsprojekte auf europäischer Ebene, wie der *Luxembourg Income Survey*, der *European Social Survey*, aber auch die weltweiten Projekte *World Value Survey* und *International Social Survey Programme*, in denen die europäischen Länder fast vollzählig vertreten sind. Zu nennen ist hier auch das Statistische Amt der Europäischen Union in Luxemburg (*Eurostat*). Wichtige Elemente in diesem Kontext sind auch neue wissenschaftliche Gesellschaften auf europäischer Basis, wie zum Beispiel die *European Sociological Association* und die *European Science Foundation*.

Die Herausbildung einer fruchtbaren und kooperativen Europaforschung in diesem Sinne steht auch vor manchen Schwierigkeiten. International vergleichende Forschung verursacht immer einen höheren Arbeits- und Organisationsaufwand als nationale. Im europäischen Kontext gilt dies in besonderem Maße, wenn die Kooperation nicht nur Nordwesteuropa (Großbritannien, Skandinavien, Niederlande, Deutschland) einschließen soll, also Länder, in denen die englische Sprache und Standards moderner Sozialforschung und Publikation gut vertraut sind. Forscher aus unterschiedlichen Ländern gehen oft von recht unterschiedlichen Paradigmen aus und pflegen unterschiedliche Arbeitsweisen. Bis auf lange Sicht werden zu Recht nationale Forschungsfragen aber auch deshalb weiterhin auf der obersten

Agenda jedes Sozialwissenschaftlers stehen, weil in politischer Hinsicht immer noch auf dieser Ebene die meisten relevanten tagespolitischen Entscheidungen getroffen werden.

Trotz all dieser Schwierigkeiten hat sich europabezogene Sozialforschung bereits herauszubilden begonnen, und sie wird früher oder später auch den Bereich der sozialen Ungleichheit einschließen; Ansätze dazu liegen bereits vor (vgl. Hradil/Immerfall 1997; Bach 2000).

Chancen für die Herausbildung eines einheitlichen europäischen Paradigmas der Ungleichheitsforschung

Wie hoch ist die Chance, dass sich ein einheitliches Paradigma europäischer Sozialstrukturforschung herausbildet? Hier können wir auf die erste Hypothese zurückkommen, die lautete, dass die Chancen für die Herausbildung einheitlicher Sozialstrukturtheorien in kleinen, homogenen Gesellschaften eher gegeben sein werden als in großen und heterogenen.

In ihrer Heterogenität kann die Europäische Union noch am ehesten mit den USA verglichen werden. Dort hatten wir sehr wohl die Existenz eines relativ homogenen und dominanten sozialstrukturellen Weltbildes feststellen können – eines Weltbildes, das sehr ungleichheitsbejahend war. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass sich ein einheitliches Paradigma der Ungleichheitsanalyse auch in Europa herausbilden könnte. So wird weithin akzeptiert, dass sich die Europäische Union von den USA abgrenzt durch eine Ablehnung des in mancher Hinsicht extremen US-Liberalismus und der dort vorherrschenden Toleranz starker Ungleichheiten und Benachteiligungen. Innerhalb dieser gemeinsamen Grundauffassung über ein »europäisches« Modell des Wohlfahrtsstaates bestehen aber signifikante Differenzen, wenn man Skandinavien, Großbritannien, die Kontinentalstaaten Frankreich und Deutschland und Südeuropa miteinander vergleicht (Esping-Andersen 1990); diese Unterschiede zeigen sich auch deutlich in den Einstellungen der Bevölkerung (Haller u.a. 1995; Ressler 2002; Haller/Heschl 2004). Sie sind auf fundamentale, historisch weit zurückreichende institutionelle Differenzen in der Herausbildung von Interessensverbänden, aber auch auf unterschiedliche gesellschaftlich-politische und religiöse Ideologien zurückzuführen. Letztlich spielt auch die im Vergleich zu den USA doch weit größere Heterogenität Europas eine Rolle. Hier ist vor allem auch die sprachlich-kulturelle Vielfalt zu nennen, die nicht nur die Herausbildung einer gemeinsamen politischen Öffentlichkeit, sondern auch eine dichte sozialwissenschaftliche Diskussion über Länder- und Sprachgrenzen hinweg auf absehbare Sicht als Illusion erscheinen lässt.

Wo würde sich ein europäisches Paradigma der Ungleichheitsforschung auf dem Pol affirmativ-kritische Ungleichheitstheorie lokalisieren?

Fragen wir uns abschließend aber dennoch, wo sich ein europäisches Paradigma der Ungleichheitsforschung auf dem Kontinuum affirmativ-ungleichheitslegitimierend versus ungleichheitskritisch gegebenenfalls lokalisieren würde. Nachdem das liberale US-Modell nicht in Frage käme, verbleiben zwei Varianten eines europäischen Sozialstrukturparadigmas, deren Entwicklung als möglich erscheint.

Die erste Variante wäre eine eher affirmativ-konservative Theorie, allerdings mit gewissen sozialen Komponenten. Sie würde im wesentlichen besagen, dass es Ziel der Europäischen Union ist, allen ihren Bevölkerungsgruppen und Regionen eine möglichst umfassende Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt und Wohlstand zu gewähren und die Entstehung krasser Benachteiligungen zu verhindern bzw. sie auszugleichen. Die Union, so diese Auffassung, ist auch auf dem besten Weg dazu, da sie ja an sich das Ziel hat mit dem wirtschaftlichen Wachstum auch den sozialen Fortschritt aller ihrer Mitgliedsländer und Bürger zu fördern. Man kann diese Auffassung durchaus als die offizielle Haltung der Europäischen Union bezeichnen. In immer neuen großen Programmen und »feierlichen Erklärungen« beschwört sie ihre hohen Ambitionen auf dem Gebiet des wirtschaftlich-technologischen Fortschritts, von denen entsprechend positive Auswirkungen auf sozialen Fortschritt und Zusammenhalt erwartet werden. Ich sehe eine gewisse Nähe dieser Programmatik bei Sozialwissenschaftlern wie zum Beispiel Göran Therborn (1995), der vom vereinten Europa als einem möglichen »Skandinavien der Welt« spricht (zur Kritik vgl. Haller 2000). Hauptproponenten einer solchen Sicht sind vor allem jene Ökonomen, die laufend Studien und Gutachten zu den positiven Effekten der Integration bzw. zu den negativen Folgen der Nicht-Integration liefern. Exemplarisch dafür war der Cecchini-Bericht, der die ökonomischen Folgen einer Nicht-Integration Europas in den schwärzesten Farben ausmalte (vgl. Allen/Woolley 1994). Bei dieser Vision eines »sozialen Europas« ist jedoch zu beachten, dass sie auch ihre Kosten hat. Die zunehmende Übernahme aller sozialen Vorsorgemaßnahmen und Einrichtungen durch eine Regierung führt dazu, wie schon Alexis de Tocqueville (1976: 800ff.) festgestellt hat, dass die Abhängigkeit der Menschen von der Zentralgewalt immer umfassender wird, die Autonomie der Nationalstaaten erodiert und die Möglichkeiten direkt demokratischer Mitbestimmung eingeschränkt werden. Zum anderen hat auch Tocqueville schon gesehen, dass die *Industrieklasse* ein Hauptinteressent an dieser Ausweitung der Staatsfunktionen hat (ebd: 806f.). So wurde gezeigt, dass der entscheidende Schub für die institutionelle Vertiefung der Europäischen Union mit dem Vertrag von Maastricht durch Initiative von führenden Großindustriellen und Managern ausgelöst wurde, die von Delors aufgegriffen wurden (Bornschiefer 2000). Die multinationalen europäischen Konzerne haben auch selber ein Interesse an der

Entwicklung korporativer Formen sozialer Schließung (Holland 1980; Katseli 1989; Cutler 1989; Forder 1999; Balanya u.a. 2003). Sie konnten ihre Vorstellungen hinsichtlich des institutionellen Ausbaus der EU weitgehend durchsetzen, während die europäischen Gewerkschaften noch weit von einer gemeinsamen Strategie und schlagkräftigen Organisation entfernt sind.

Eher ausgeblendet wird von der Europäischen Union selber jedoch die Problematik der sozialen Ungleichheit. An deren Stelle spricht man von sozialer Ausschließung und Ausgrenzung, die es zu beseitigen gelte (Heschl 2003). So ist etwa im Zusammenhang mit den Befürwortern und Gegnern eines EU-Beitritts in den neuen Mitgliedsländern häufig von »Gewinnern« und »Verlierern« die Rede, wobei letztere als immobile, rückständige Fortschrittsverweigerer gekennzeichnet werden (vgl. Haller/Hadler 2002). Damit werden nicht nur wissenschaftliche und intellektuelle Gegner der Integration (die sich vor allem in den demokratisch »reifsten« Ländern Nordeuropas finden) ignoriert. Es kann damit auch die Tatsache kaschiert werden, dass die bildungsmäßig und beruflich Privilegierten von der europäischen Integration eindeutig profitieren, während die Situation bei den weniger Privilegierten bei weitem nicht so rosig aussieht, wie die seit zwei Jahrzehnten permanent hohen Raten der Arbeitslosigkeit belegen.

Die hehren Deklarationen und Ziele der offiziellen EU sind jedoch klar zu unterscheiden von den realen Leistungen der Union und den faktischen Effekten der Integration. So ist es durchaus fraglich, ob man von einem wirklich positiven Effekt der Integration auf das Wirtschaftswachstum sprechen kann (Ziltener 2003). Über die Effekte der Integration auf die Verteilung und Ungleichheit innerhalb der Union gibt es noch kaum systematische Untersuchungen. Außer Frage steht jedoch, wie bereits festgestellt, dass die Ungleichheit im Rahmen der riesigen, intern höchst heterogenen Union bei weitem höher ist als die Ungleichheiten innerhalb ihrer einzelnen Mitgliedsstaaten. Die Größe und Heterogenität der Union ist aber für sich ein Faktor, der die Herausbildung eines unionsweiten Gefühls der Zusammengehörigkeit und Solidarität und damit die Bereitschaft zu einer signifikanten Umverteilung erschwert.

Wie könnte eine ungleichheits-, vielleicht sogar systemkritische Perspektive im Falle der Europäischen Union aussehen und welches sind ihre Chancen? Eine solche Perspektive müsste zunächst die wirtschaftlich-sozialen Wirkungen der ökonomischen Marktintegration selber direkt in den Blick nehmen; es wäre aus dieser Sicht unzureichend, nur soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit und neue Armut, für sich zu untersuchen. Vielmehr wäre zu zeigen, dass eine bloß wirtschaftliche Marktintegration per se zu einer enormen Zunahme der Ungleichheit führen muss, wenn sie nicht mit entsprechenden wirtschafts- und sozialpolitischen Ausgleichsmaßnahmen einhergeht. Die Ungleichheitsforschung könnte hier vermutlich einiges von klassischen Studien lernen, wie jener von Karl Polanyi (2001) »The Great

Transformation«, in denen die Folgen ähnlich tiefgreifender Entfesselung von Marktkräften dargestellt wurden. Sie müsste dann auch die doppelte Form der Entstehung neuer Ungleichheiten herausarbeiten, welche die europäische Integration erzeugt. Es ist dies zum einen eine zunehmende Ungleichheit zwischen Nationen und Regionen. Zum anderen ist es eine zunehmende klassenbezogene soziale Ungleichheit innerhalb der einzelnen Nationen (bzw. über die gesamte EU hinweg, wenn man diese als Referenzrahmen betrachtet).

Die Entwicklung einer solchen Perspektive erscheint schwierig und – zumindest auf kurze Sicht als unwahrscheinlich. Zum einen gibt es einflussreiche Mythen, mit denen die europäische Integration kontinuierlich vorangetrieben und Kritikern der Wind aus den Segeln genommen wird (vgl. auch Opp 1994; Heschl 2002; Hellström 2002). Sie lauten: Die europäische Integration ist hauptverantwortlich für den wirtschaftlichen Aufstieg Europas seit der Nachkriegszeit; sie hat den Frieden in Europa gesichert; sie ist ein welthistorisch-unaufhaltsamer Prozess, der nicht durch kleinliche Partialinteressen gestört werden darf usw.

Zum anderen aufgrund der Tatsache, dass die Union durch die Art ihrer Forschungsförderung in zunehmendem Maße nicht nur die Ökonomen, sondern auch die Sozialwissenschaftler »unter ihre Fittiche nimmt«. So werden die Forschungsmittel der Union bekanntlich nicht aufgrund von Anträgen vergeben, deren Themen und Fragestellungen die Forscher selber entwickeln können. Vielmehr werden Rahmenthemen vorgegeben, zu denen dann – wie bei der Ausschreibung für einen Straßen- oder Brückenbau – die »bestbietende« Forschergruppe den Zuschlag erhält. Wichtige Kriterien sind dabei – neben bereits bisher erhaltenen Zuschlägen – auch die nationale Verankerung (und politisch-ideologisch »richtige« Orientierung?) dieser Gruppen und Forschungsorganisationen.

Die Entwicklung einer einheitlichen, genuin europäischen Perspektive der Ungleichheitsforschung ist auf absehbare Zeit schließlich deshalb unwahrscheinlich, weil sich soziologische Debatten in hohem Maße auch an sprachlich-kulturellen Grenzen orientieren; die soziologischen *scientific communities* in Europa stellen sich heute jedenfalls in hohem Maße als segmentiert dar,² wobei auch eine klare vertikale Rangordnung unverkennbar ist.³ Aufgrund unseres *tour d'horizon* über die sehr unterschiedlichen Perspektiven, die sich in den verschiedenen Nationen bisher herausgebildet haben, erscheint dies auch nicht unbedingt wünschenswert. Gerade im EU-Kontext scheint es essentiell zu sein, dass es weiterhin eine Mehrzahl unterschiedli-

2 Vor allem die relativ großen soziologischen Communities von Ländern wie Spanien, Italien, Russland sind nur sehr schwach vernetzt mit der dominanten angelsächsischen soziologischen Gemeinschaft.

3 Wobei die amerikanische Community an der Spitze liegt, gefolgt von der europäisch-angelsächsischen (inklusive der skandinavischen und zum Teil auch deutschen) Soziologie, und den süd- und osteuropäischen Communities am unteren Ende.

cher Positionen gibt, damit sich auch kritische Perspektiven entwickeln können und damit eine lebendige, kritische und fruchtbare Auseinandersetzung erhalten bleibt.

Literatur

- Allen, Chris/Woolley, Frances (1994), »Evaluating International Economic Policies: The Cecchini Report and Welfare Gains and Losses in the Single European Market«, in: Gilbert, Paul/Gregory, Paul (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, Aldershot u.a.
- Bach, Maurizio (Hg.) (2000), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften* (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40), Opladen.
- Balanya, Belèn u.a. (2003), *Konzern Europa. Die unkontrollierte Macht der Unternehmen*, Zürich.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004), *Das kosmopolitische Europa*, Frankfurt a.M.
- Blau, Peter M. (1977), *Inequality and Heterogeneity. A Primitive Theory of Social Structure*, New York/London.
- Bornschieer, Volker (Hg.) (2000), *Statebuilding in Europe. The Revitalization of Western European Integration*, London.
- Boudon, Raymond (1988), *Ideologie. Geschichte und Kritik eines Begriffs*, Reinbek.
- Conceicao, Pedro/Ferreira, Pedro/Galbraith, James K. (1999), »Inequality and Unemployment in Europe. The American Cure«, *New Left Review*, Sept.–Oct., S. 28–51.
- Cutler, Tony/Wiliams, John/Williams, Karel/Haslam, Colin (1989), *1992 – The Struggle for Europe. A Critical Evaluation of the European Community*, New York.
- de Tocqueville, Alexis (1976), *Über die Demokratie in Amerika*, München.
- Dierkes, Meinolf/Biervert, Bernd (Hg.) (1992), *Social Science in Transition. Assessment and Outlook*, Frankfurt a.M./Boulder, Col.
- Esping-Andersen, Gösta (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.
- Flora, Peter (Hg.) (2000), *Stein Rokkan. Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans*, Frankfurt a.M.
- Forder, James (1999), *Is European Integration Really the Friend of Free Trade?* Politeia. A Forum for Social and Economic Thinking, London.
- Haller, Max (1988), »Grenzen und Variationen gesellschaftlicher Entwicklung in Europa – Eine Herausforderung und Aufgabe für die vergleichende Soziologie«, *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 13, H. 4, S. 5–19.
- Haller, Max (2000), »European integration and sociology: The difficult balance between the theoretical, empirical and critical approach«, *European Societies*, Jg. 2, H. 4, S. 533–548.
- Haller, Max (2001), *The Making of the European Union. Contributions of the Social Sciences*, Berlin/Heidelberg/New York.
- Haller, Max (2005), *Kritik oder Rechtfertigung sozialer Ungleichheit? Die deutsche »Sozialstrukturideologie« vom Ende der Klassengesellschaft in historischer und vergleichender Perspektive. Eine wissenssoziologische Analyse*, im Erscheinen.
- Haller, Max/Hadler, Markus (2002), »Wer hat von den politischen Reformen der 90er Jahre profitiert? Modernisierungsgewinner und -verlierer in Ost- und Westeuropa und den USA«, *Europäische Rundschau*, S. 115–127.

- Haller, Max/Hadler, Markus (2005), »Ist der Nationalstaat überholt? Überlegungen und Fakten über die sinnvollste Einheit bzw. Analyseebene in der international vergleichenden Sozialforschung«, *ALAS-Informationen*, im Erscheinen.
- Haller, Max/Heschl, Franz (2004), »Der Staat sollte einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will ...«. Einstellungen zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen in 24 Ländern«, *Arbeit*, H. 4, S. 368–389.
- Haller, Max/Höllinger, Franz (1995), »Zentren und Peripherien in Europa. Eine Analyse und Interpretation der Verschiebungen zwischen dem ersten und dritten Viertel des 20. Jahrhunderts«, in: Immerfall, Stefan/Steinbach, Peter (Hg.), *Historisch-vergleichende Makrosoziologie: Stein Rokkan – der Beitrag eines Kosmopoliten aus der Peripherie*, *Historical Social Research – Historische Sozialforschung*, Special Issue, Jg. 20, H. 2, S. 4–54.
- Haller, Max/Mach, Bogdan/Zwicky, Heinrich (1995), »Egalitarismus und Antiegalitarismus zwischen gesellschaftlichen Interessen und kulturellen Leitbildern. Ergebnisse eines internationalen Vergleichs«, in: Müller, Hans-Peter/Wegener, Bernd (Hg.), *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*, Opladen, S. 221–264.
- Heidenreich, Martin (2003), »Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 55, H. 1, S. 1–28.
- Hellström, Anders (2002), *Unit-in-Diversity OR Diversity-in-Unity? Contemporary Nation-Building Processes in Europe*, University of Stockholm, Ms.
- Heschl, Franz (2002), *Drinnen oder Draussen? Die öffentliche österreichische EU-Beitrittsdebatte vor der Volksabstimmung 1994*, Wien/Köln/Weimar.
- Heschl, Franz (2003), »Der Europäische Rat und die europäische Realität – Zur Wahrnehmung sozialer Ungleichheit durch den Europäischen Rat«, *SWI Rundschau*, Jg. 43, H. 2, S. 256–276.
- Holland, Stuart (1980), *Uncommon Market. Capital, Class and Power in the European Community*, London.
- Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan (Hg.) (1997), *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*, Opladen.
- Immerfall, Stefan (1994), *Einführung in den europäischen Gesellschaftsvergleich: Ansätze – Problemstellungen – Befunde*, Passau.
- Katseli, Louka T. (1989), *The Political Economy of European Integration: From Euro-Sclerosis to Euro-Corporatism*, Centre for Economic Policy Research, London.
- Kaelble, Hartmut (1987), *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas*, München.
- König, René (Hg.) (1973), »Einleitung«, in: ders., *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 1: Geschichte und Grundprobleme, Stuttgart, S. 1–20.
- Mannheim, Karl (1969), »Wissenssoziologie«, in: ders., *Ideologie und Utopie*, Frankfurt a.M., S. 227–267.
- Mannheim, Karl (1970), »Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen«, in: ders., *Wissenssoziologie*, Neuwied/Berlin, S. 566–613.
- Mau, Steffen (2004), »Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 38, S. 38–46.
- Mulkay, Michael (1980), »Wissen und Nutzen. Implikationen für die Wissenssoziologie«, in: Stehr, Nico/Meja, Volker (Hg.), *Wissenssoziologie* (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 22), Opladen, S. 52–72.

- Münch, Richard (1993), *Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Opp, Karl-Dieter (1994), »The Role of Voice in a Future Europe«, *Kyktos*, Jg. 47, H. 3, S. 385–402.
- Ossowski, Stanislaw (1972), *Die Klassenstruktur im sozialen Bewusstsein*, Neuwied/Berlin.
- Polanyi, Karl (2001), *The Great Transformation*, Boston.
- Ressler, Regine (2002), »Bestimmungsfaktoren zur allgemeinen Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Mikro- und makrosoziale Determinanten«, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Jg. 28, H. 4, S. 201–228.
- Seibel, Hans Dieter (1975), »Problemlage und Schichtungssystem. Eine allgemeine Theorie der Entwicklung«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* Jg. 27, H. 4, S. 731–754.
- Therborn, Göran (1995), *European Modernity and Beyond. The Trajectory of European Societies, 1945–2000*, London/Thousand Oaks/New Delhi.
- Vobruba, Georg (1995), »Die soziale Dynamik von Wohlstandsgefällen. Prolegomena zur Transnationalisierung der Ökonomie«, *Soziale Welt*, Jg. 46, H. 3, S. 326–341.
- Ziltener, Patrick (2003), »Wirtschaftliche Ingetration in Europa: Die Effekte des EU-Binnenmarktes«, *Swiss Journal of Sociology*, Jg. 29, H. 2, S. 215–240.